



23.2.23

Stellungnahme zum Haushalt 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushalt der Gemeinde steht auch 2023 vor großen Herausforderungen. Nach wie vor herrscht mitten in Europa ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Dieser Krieg hat dafür gesorgt, dass über Jahre etablierte Gewissheiten sich als Illusion entlarvt haben. Die Auswirkungen machen auch vor Schlangen nicht halt.

In den letzten Jahren konnten die kommunalen Haushalte – auch der von Schlangen – vor der Haushaltssicherung bewahrt werden, indem die Corona bedingten Ausgaben, bzw. fehlenden Einnahmen isoliert werden durften. Dies ist nun ergänzt worden, indem die Haushaltsprobleme bedingt durch den Krieg, ebenso isoliert werden können. Nun haben wir also ein Covid-Ukraine-Isolierungsgesetz.

Das hilft unserem HH kurzfristig. Wir tragen diese Schulden vor uns her, sie werden uns einholen, denn sie müssen ab 2025 beglichen werden.

Die Kreis- und Jugendamtsumlagen werden 2023 erheblich steigen, und zwar um 648.000 €, das aber nicht nur einmalig, sondern jährlich. Für 2024 sind weitere Steigerungen avisiert. Das darf man beklagen, hilft aber nicht weiter. Es muss aber auch darauf hingewiesen werden, diese Summe ist so beträchtlich, dass es nicht funktionieren wird, diese Ausgaben insgesamt an anderer Stelle im HH einzusparen. Kommunale Haushalte sind zum allergrößten Teil durch Pflichtaufgaben geprägt. Es heißt dann aber auch, dass alle zusätzlichen Ausgaben besonders streng unter die Lupe genommen werden müssen.

Hierzu gehören insbesondere auch die Personalkosten. Die VW hat im Dezember ihren Wunschzettel abgegeben mit der Erhöhung um 12,81 zusätzliche Stellen, der HH plante eine Steigerung der Stellen um 25%.

Wir haben unsererseits entschieden darauf gedrängt, den geplanten Anstieg deutlich zu mindern. Eine Voraussetzung, um dem HH überhaupt zustimmen zu können. Richtig ist, etliche Stellen sind zwingend, derweil sich die Pflichtaufgaben entsprechend erhöht

haben. Nach den Verhandlungen wird der Stellenaufwuchs deutlich gebremst, für dieses Jahr reduziert sich der Ansatz der Personalkosten um 190.000 €, in den Folgejahren wird diese Reduzierung - nach den Aussagen der Kämmerin - noch deutlicher.

Der vorliegende HH schlägt keine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer vor. Das ist zunächst einerseits erfreulich, wird aber auch dazu führen, dass wir über Erhöhungen für den HH 24 diskutieren werden.

Wir müssen als Kommune handlungsfähig bleiben, wir müssen agieren können, um die großen Herausforderungen anzugehen. Um Herausforderungen – z.B. die Klimaneutralität - zu stemmen, sind hohe Investitionen zwingend.

Investitionen in Projekte für Klimaneutralität, Investitionen in den Kauf von Gebäuden und Grundstücken stehen wir positiv gegenüber, sie sind für die Zukunftsfähigkeit von Schlagen unerlässlich.

Als Kommune sind wir nicht in der glücklichen Situation ein Sondervermögen auf den Weg zu bringen, wie neuerdings bestimmte Kredite der Bundesregierung genannt werden. Ebenso können wir nicht – wie die Landesregierung – eine Notlage definieren, um zusätzliche Kredite aufzunehmen.

Um das Ziel einer klimaneutralen Kommune zu erreichen sind, wie gesagt, erhebliche Investitionen notwendig. So ungerne ich das auch sage, ohne Schuldenaufnahme lassen sich diese Herausforderungen nicht bewältigen. Gerade was die angestrebte Klimaneutralität betrifft. Einiges ist schon auf den Weg gebracht worden, aber es bleibt noch viel zu tun.

Unsere Optionen für die Investitionen sind in der Höhe gesetzlich klar definiert und werden von der Kommunalaufsicht stets kritisch kontrolliert.

Schauen wir auf die Feuerwehr. Die Wagenhallen müssen ständig geheizt werden. Und eine Wagenhalle, wie die der ehemaligen Straßenbahn, lässt sich nur mit hohem Aufwand heizen. Wie kann man dem abhelfen? Hierzu haben wir einen Prüfauftrag eingebracht. Es wird geprüft, ob eine zentrale Feuerwache den Mindestanforderungen für die Einsatzzeiten gerecht werden könnte. Diese ergebnisoffene Untersuchung warten wir ab, anschließend werden wir gemeinsam mit der Feuerwehr eine vernünftige Entscheidung treffen.

Grundsätzlich gilt, die Feuerwehrfrauen- und Männer haben unseren Respekt, daraus folgend auch die Unterstützung, die zur Ausübung der Arbeit notwendig ist. So betrachtet sind die Anforderungen der Brandschutzbedarfspläne für uns eine Pflichtaufgabe. Schaut man in die Zeitung wird man feststellen, dass rings um Schlagen fast alle Kommunen Investitionsbedarfe für ihre Feuerwachen haben, zudem die gesetzlichen Anforderungen wieder mal gesteigert wurden – Stichwort: Schwarz-Weiß Trennung -. Dies wissend hat die schwarz-grüne Landesregierung die Fördergelder für die Dorffeuerwehren komplett gestrichen. Das ist blamabel.

Nach der Foliensanierung des Freibads steht hier an, die alte Ölheizung zu ersetzen. Der Antrag auf Förderung wurde leider im Dezember negativ beschieden. Ziel bleibt aber, dass das Freibad CO2 frei betrieben werden kann. Also, klimapolitisch betrachtet, optimal. Nur; wie eigentlich überall stellt sich die Frage der Finanzierung.

Der eingereichte Antrag auf Förderung sah eine Investition von rund 2,1 Millionen € vor, der Fördersatz hätte bei 45% gelegen. Das der Rest, ca. 1,2 Mill. € nicht durch Eintrittsgelder erwirtschaftet werden kann, ist jedermann klar. Wie wäre das also zu stemmen?

Manchmal macht es Sinn, Dinge, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben, gemeinsam zu betrachten. Selbst, wenn wir Fördergelder für das Freibad bekommen, ein erheblicher Teil muss finanziert werden. Und wo dieses Geld herkommen könnte, da haben wir eine konkrete Idee. Nämlich durch den Betrieb von Windrädern auf der Gauseköte. Dass hier die Briten ein Veto einlegen, ist und bleibt eine Unerhörtheit. Dieses Veto muss gekippt werden. Ein Flugkorridor, der aus der Zeit der Besatzung stammt, kann 77 Jahre später nicht mehr ein Argument sein, um die wirtschaftliche Entwicklung unserer Kommune nachhaltig zu beschädigen.

Anmerkung: wie das Verfahren beim Kreis Lippe ausgegangen wäre, weiß niemand, es wurde ja nicht zu Ende geführt.

Alleine die Einnahmen aus der freiwilligen EEG-Umlage für die Windräder auf der Gauseköte würden die Finanzierung der neuen Heizung im Freibad sicherstellen. Wir reden hier über ca. 180.000 € pro Jahr! Der klimaneutrale Wind würde quasi das notwendige Geld ins Freibad wehen, besser ginge es nicht.

Da weitere kommunale Gebäude klimaneutral werden müssen, sind hohe Kosten zu erwarten. Die Gewerbesteuer, der eben angesprochenen Windräder, würde diese Sanierungen deutlich beschleunigen.

Deshalb erwarten wir, dass der Bürgermeister alles unternimmt, um hier eine Lösung im und für die Interessen der Gemeinde zu erreichen.

In den Verhandlungen mit der VW haben wir erreichen können, dass die Investitionen um einen Betrag von 730.000 € reduziert werden konnten. Allerdings mussten wir letzte Woche im HuF erfahren, dass die VW im Bereich der Investitionen eine zusätzliche Summe von 515.000 € in den HH einstellt. Unabhängig von der Frage der Sinnhaftigkeit, dies, ohne jegliche Vorabinformationen in den Ausschuss zu bringen, hat bei uns zu verständlichem Unmut geführt. Das Vorgehen ist inakzeptabel. Zumal wir letzte Woche Montag und Mittwoch im Gespräch mit dem Rathaus waren, sollte diese Investition noch nicht bekannt gewesen sein? Oder ist das eine halbe Stunde vor der Sitzung der VW eingefallen? Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ein weiteres Mal werden wir das so nicht mehr tolerieren!

Unsere Ausgleichs -und auch die Allgemeine Rücklage sind nicht üppig dotiert, eher trifft das Gegenteil zu. Andererseits stehen wir vor großen Aufgaben, die es gilt zu finanzieren. Beispielfhaft seien hier genannt: Feuerwehr, Heizung Freibad, Gestaltung

der Ortsmitte usw. Hierzu stehen wir, dafür werden wir aber auch viel Geld benötigen, was eben bedeutet, wir müssen Prioritäten setzen.

Wir werden weiterhin den Spagat leisten, eine solide Haushaltspolitik zu gestalten, aber auch die notwendigen Investitionen zu stemmen.

Alles in allem werden wir als SPD-Fraktion mehrheitlich dem Haushalt 2023 zustimmen, wir haben an mehreren Stellen Kosteneinsparungen erreichen können. Die Zustimmung dann trotz einiger Kompromisse.

Die Kämmerin und der BGM bleiben in der Verpflichtung mit den bewilligten Geldern höchst sorgsam umzugehen. Ziel muss bleiben, dass das geplante Defizit am Ende des Jahres niedriger ausfällt.

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Worte des Dankes äußern.

Ich danke Frau Dubbel und ihrem Team für die Erstellung des Haushaltsplans in dieser sicherlich schwierigen Zeit und der Verwaltung insgesamt für die Arbeit im vergangenen Jahr.

(es gilt das gesprochene Wort)

Michael Zans

(Fraktionsvorsitzender SPD)